Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 33. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Königstr. 26, Tel. I, Nr. 4583.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Filial-Expedition: Berlin, Schoenstr. 10.
" " Dresden, Marienstr. 34.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 602. Sonntag 26. November 1905. 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Generalleutnant von Trotha trat am 19. November die Heimreise nach Deutschland an. Oberst Dame hat das Kommando über die Schutztruppe in Südwestafrika übernommen. Es wurden neue kleine Erfolge gegen die Hottentotten errungen. (S. Deutsches Reich.)

* In der gestrigen Sitzung des Bundesrates wurde der Gesetzentwurf über Ordnung des Reichshaushaltes und Tilgung der Reichsschuld in zweiter Lesung angenommen. Dem „L.-A." nach weisen die Gesamtausgaben des neuen Reichshaushaltsetats eine Steigerung von 259 Millionen gegen den laufenden Etat auf.

* Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt Veröffentlichungen aus den verschiedenen Teilen des Reichshaushaltsetats für 1906. (S. „Aus dem Reichshaushaltsetat".)

* Die Genickstarre tritt in Oberschlesien wieder heftig auf. (S. Neu.)

* Der Zar empfängt morgen eine polnische Deputation.

Balfour und Chamberlain.

Die latente Krisis, an der die innere englische Politik seit dem Austritt Chamberlains aus dem Ministerium leidet, ist jetzt endlich offen zutage getreten. Das Ministerium Balfour wankt wie ein unterhöhlter Baum und kann über Nacht stürzen. Eine Kabinettssitzung hat stattgefunden, die zwar ohne das erwartete Demissionsgesuch des Ministeriums endete, aber doch keinen Zweifel läßt, daß die Tage des Kabinetts gezählt sind und daß dieses bereit ist, an die Wähler zu appellieren.

Der Fall der konservativen Regierung Englands wird durch die Streitfrage, ob Freihandel, ob Schutzzoll herbeigeführt, und derjenige, der diese unmittelbare Frage aufgeworfen, Chamberlain, der ehemalige Genosse der Minister, hat dem Kabinett das Grab geschaufelt. Joe Chamberlain, der Vater des britischen Imperialismus, will die Welt den Briten dienstbar machen. Aber der Burenkrieg hat ihm gezeigt, wie schwach im Grunde genommen, das britische Weltreich ist. Trotz allen ruhmredigen Phrasen weiß er sehr gut, daß das England, das gegen ein paar tausend Bauern eine viertel Million Menschen aufbieten mußte, ehe es ihrer Herr werden konnte, einer Großmacht, die es zu Lande betriegt, mit tödlicher Sicherheit unterliegen würde. Das Reich muß also gekräftigt werden, und das soll durch ein engeres Verhältnis mit allen seinen Kolonien geschehen. Für eine unbedingte politische Gemeinschaft waren diese aber nicht leicht zu haben und so will sie bekanntlich Chamberlain dadurch an das Mutterland fesseln, daß er einen die Welt umspannenden Zollverein Englands und der sämtlichen englischen Kolonien zu schaffen sucht, in dem den Kolonien besondere Vorteile und Zollvergünstigungen eingeräumt werden. Um solche gewähren zu können, müssen natürlich erst die in England annoch schlummernden Schutzzölle geschaffen werden, und so predigte denn Chamberlain unverdrossen deren alleinseligmachende Heilkraft. Aber das Kabinett, dessen Mitglied er war, sah voraus, daß diese Schutzzollpolitik leicht das Ende der konservativen Regierung herbeiführen und die Liberalen an das Ruder bringen konnte. Es vermochte Chamberlains geradem Wege nur im Zickzack und bald vorwärts, bald rückwärts laviernd zu folgen, und so schied mit einem kühnen Entschluß Chamberlain aus der Regierung in der Hoffnung, die Wähler durch einen Rednerfeldzug mit sich fortreißen und auf die schutzzöllnerische Seite ziehen zu können und sie damit gleichzeitig dem konservativen Lager zuzuführen. Gelang der Plan, so war die konservative imperialistische Politik bei den im Jahre 1906 stattfindenden Neuwahlen des Sieges sicher und für eine Reihe von Jahren stabilisiert. Die Wählermassen hinter sich, mit den durch die Schutzzölle gefüllten Staatskassen, und gestützt auf die Gesinnung der Kolonien, erschien das Greaterbritain den ehrgeizigen britischen Staatsmännern leuchtend in seiner Machtfülle als ein begehrenswertes Ziel englischer Staatskunst. Wie das Rom der alten Welt, war es jedem Gegner gewachsen, wenn es sein mußte auch ohne Bündnisse, mit denen man sich jetzt noch immer behelfen muß.

Aber kapierte das alles der englische Wähler, dem man doch zunächst die notwendigen Nahrungsmittel verteuern mußte? Auch in England verzichtet der Mann aus dem Volke nicht gern zur größeren Ehre des Vaterlandes auf billiges Fleisch und billiges Brot. Da Balfour sich dieser Erkenntnis nicht verschließen konnte, so suchte er vorsichtig zu lavieren und folgte dem voranschreitenden Chamberlain nur sehr lässig. Um die konservativen Wählermassen nicht in das liberale Lager zu treiben, sah er dem Feldzuge Chamberlains mit verschränkten Armen zu, billigte ihn wohl im Prinzip, versah aber dessen Forderungen mit allerlei Einschränkungen. Und in der Tat wehte der Wind sehr ungünstig für die Chamberlainsche Schutzzollpolitik. Alle seine Agitationen in Wort und Schrift haben das Volk nicht von der Meinung abbringen können, daß es im Interesse der imperialistischen Pläne seine Lebensbedürfnisse werde teurer bezahlen müssen und insbesondere haben die englischen Arbeiter Chamberlain jede Gefolgschaft verweigert. Die Folge war, daß bei allen Nachwahlen die Regierungsanhänger unterlagen und der Liberalismus im Lande ziffernmäßig gewaltige Fortschritte machte. Im Parlamente wurden die liberalen Unionisten, auf die sich im Wesentlichen das Kabinett stützen mußte, stutzig und unsicher, und als zu guterletzt der unentwegt an sein Glück glaubende Chamberlain immer ungeduldiger und reizbarer wurde und in einer gebarnischten Rede in Birmingham Balfour wegen seiner unentschlossenen, zweideutigen Haltung angriff und ihm empfahl, entweder schleunigst Neuwahlen anzuordnen oder von der politischen Bühne zu verschwinden, da scheint Balfour „der Menschheit ganzer Jammer" angepackt zu haben. Er berief einen Ministerrat ein und es sind wohl nur taktische Rücksichten, die ihn bislang noch verhindert haben, dem Könige seine Demission anzubieten.

Ein feuriges und ein lässiges Pferd ziehen nicht gut an einem Wagen. Er wird dabei hin- und hergeschleudert und kommt leicht vom Wege ab. Will nun Balfour die Sträuße zerschneiden, um sich von dem heftig vorwärts strebenden Chamberlain zu trennen, um ihm den Karren allein anzuvertrauen? Will er ihn in den Sumpf fahren lassen und sich selbst vor dem Sturze retten? Oder wird Balfour zurückbremsen und im Wahlkampfe gegen Chamberlain versuchen, zu retten was für die Konservativen noch zu retten ist?

Die Zukunft wird lehren, unter wessen Führung sich die Konservativen in den Wahlkampf stürzen werden. Auf jeden Fall aber hat die Politik Chamberlains und Balfours das Resultat gezeitigt, daß bei Neuwahlen die Chancen für die Konservativen so ungünstig wie möglich stehen. Der schließliche Niederlage, die Balfour befürchtet, als Chamberlain seinen Feldzug begann, wird seine Partei nun im Kürze erleiden und damit ist wohl der Plan vom schutzzollumschlungenen englischen Imperium einstweilen vertagt.

Das Kolonialministerium.

Der Zentrumsabgeordnete Herr Erzberger hat das Bedürfnis, wieder einmal den großen Kolonialpolitiker zu spielen. Die keineswegs glänzende Rolle, die er bei seinem mißlungenen Vorstoß gegen die maßgebenden Persönlichkeiten der Kolonialabteilung spielte, hat ihn offenbar noch nicht zu der Erkenntnis gebracht, daß Bescheidenheit eine Zier ist.

Nach jahrelangen, reiflichen Erwägungen ist die Regierung, gestützt auf das Urteil aller ernsthaften Kolonialpolitiker, endlich entschlossen, an die Umwandlung der Kolonialabteilung in ein selbständiges Reichsamt heranzugehen, und man hat bisher nur noch auf das „sachverständige Urteil" des Herrn Erzberger gewartet. Dieses ist nun im „Tag" (warum nicht in der „Köln. Volksztg."?) verkündet worden und lautet dahin, daß „zwingende Gründe für Schaffung eines Kolonialministeriums gar nicht vorhanden sind, wohl aber durchschlagende Gründe gegen ein solches". Herr Erzberger ist auch so ehrlich, uns wissen zu lassen, woher ihm diese Weisheit gekommen ist, nämlich aus Dr. Alfr. Zimmermanns Lehrbuch der Kolonialpolitik. Dort soll geschrieben stehen, daß die Engländer und Franzosen mit ihren Kolonialministern manchmal schlechte Erfahrungen gemacht haben. Als ob die Erfahrungen der Engländer und Franzosen nicht lange vor Herrn Erzberger von maßgebenderen Leuten als er reiflich in Erwägung gezogen worden wären!

Der Entschluß der Regierung bedeutet soviel, daß wir endlich wirtschaftliche, nur von praktischen Rücksichten geleitete Kolonialpolitik treiben wollen und daß dies nur durch eine Kolonialverwaltung geschehen kann, die ein sicheres Verständnis für alle praktischen Bedürfnisse unserer Kolonien hat und diese unmittelbar mit Nachdruck vertreten kann. Die von Herrn Erzberger als für seine Ansicht ausschlaggebend angeführten noch schwebenden Grenzregulierungen werden nur gewinnen, wenn der praktisch-koloniale Gesichtspunkt dem rein diplomatischen gegenüber energischer zur Geltung kommt.

Wenn Herr Erzberger uns in seinem Artikel den bureaukratischen Geschäftsgang einer solchen teils das Auswärtige Amt, teils das Kolonialamt angehenden Sache vor Augen führt, so beweist er damit nur, daß er die Gründe der Loslösung der Kolonialabteilung nicht begriffen hat.

Im Grunde genommen hat die Kolonialverwaltung mit dem Auswärtigen Amt nicht mehr gemein als mit jedem anderen Reichsamt; mit demselben Recht könnte man sie schließlich wegen der vorkommenden Rechtsfragen dem Reichsjustizamt oder wegen der postalischen Angelegenheiten dem Reichspostamt angliedern.

Von keiner Sachkenntnis getrübt, orakelt dann Herr Erzberger weiter:

„Die Kolonien sollen doch nicht in Berlin regiert werden, sondern an Ort und Stelle. Allgemein hält man eine Erweiterung der Selbstverwaltung für geboten. Weshalb dann im Mutterlande eine höhere Instanz schaffen? Für die Kolonien selbst ist als Durchgang gleichgültig, ob in Berlin ein Kolonialministerium oder eine Kolonialabteilung sich befindet; der Aufschwung der Kolonien wird hierdurch nicht rascher, der Handel nicht größer, die Kultur nicht höher!"

Erstens sind bekanntlich unsere Kolonien noch lange nicht reif zu völliger Selbstverwaltung, sondern sollen nur ganz allmählich — wenn dies überhaupt möglich ist — auf dieses Ziel hingeführt werden. Zweitens brauchen sie gerade deswegen zu Hause eine verständnisvolle Kolonialverwaltung, die, nicht behindert durch eine Zwischeninstanz, ihre Interessen zu vertreten vermag.

Hoffentlich läßt sich die Regierung nicht beirren, denn es schadet nichts, wenn durch eine wirtschaftliche Kolonialpolitik der Missionspolitik des Zentrums naturgemäß die Flügel etwas beschnitten werden.

Herrn Erzberger aber möchten wir raten, seinen „Zimmermann" eingehender zu studieren, und auch die Broschüre des von ihm angefeindeten, nichtsdestoweniger aber kompetenteren Legationsrats Helfferich über die Reform der Kolonialverwaltung zu studieren. Vielleicht kann er dann in einigen Jahren mitreden, wenn trotz seiner und seiner Freunde Liebesmüh' durch das Reichskolonialamt „der Aufschwung der Kolonien rascher, der Handel größer, die Kultur höher" geworden sind.

Aus dem Reichshaushaltsetat.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" teilt über den Reichshaushaltsetat für 1906 mit: Der Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sieht einen Ueberschuß von 62 680 072 ℳ vor. Der Etat verzeichnet an Stellenzugängen 2000 Assistenten, 450 Post- und Telegraphengehilfen und 4300 Unterbeamte. Zur Grundstückserwerbung, Erweiterungs- und Neubauten sind neue Forderungen eingestellt für Annaberg, Beuthen, Bonn, Koblenz, Königsberg, Köslin, Düsseldorf, Haag i. W., Hannover, Herrsfeld, Mainz, Metz (neues Hauptpostgebäude), Viernheim, Rubla, Traben-Trarbach, Weißenfels, Worms, Zittau, Zwickau, Bergedorf, Düren, Halle a. S., Leisnig, Posen (neue Oberpostdirektionsgebäude) und Stralsund.

Der Etat der Reichsdruckerei weist einen Ueberschuß auf von 2 932 296 ℳ.

Die Einnahmen des Reiches an Zöllen und Verbrauchssteuern ergeben ein Mehr von 8 136 760 ℳ. Bei den Zöllen ist zwar eine Steigerung um 5 218 000 ℳ vorgesehen, da jedoch der nach § 15 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 zur Erleichterung der Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung anzusammelnde und vorzüglich anzulegende Teil von Reinvermögen an Zöllen im Betrage von 17 Millionen besonders in Ausgabe gestellt ist, ergibt sich bei den Zöllen für die Reichskasse ein Minderanschlag von rund 12 Millionen. Des weiteren ist angesetzt die Tabaksteuer mit minus 253 000 ℳ, Zuckersteuer wie im Vorjahre, Salzsteuer plus 1 788 000 ℳ, Branntweinsteuer a. Maischbottichsteuer plus 519 000 ℳ, b. Verbrauchsabgaben und Zuschlag plus 63 000 ℳ, Schaumweinsteuer plus 65 000 ℳ, Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier plus 795 000 ℳ. Die Einnahme des Reiches an Stempelabgaben ist mit plus 9 547 000 ℳ angesetzt, davon entfallen auf Spielkarten plus 57 000 ℳ, Wechselstempel 756 000 ℳ, Stempelabgaben für Wertpapiere usw. plus 8 667 000 ℳ, und zwar Aktien, Kuxe und Renten- und Schuldverschreibungen plus 6 440 000 ℳ, Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte plus 8 718 000 ℳ, Lotterielose a. von der Staatslotterie minus 1 687 000 ℳ, b. von Privatlotterien plus 338 000 ℳ, Schiffahrtsfrachturkunden plus 38 000 ℳ. Für statistische Gebühren sind plus 67 000 ℳ vorgesehen.

Die fortdauernden Ausgaben des Ordinariums des Militäretats sind erhöht um 15 479 500 ℳ, die einmaligen von 10 486 436 ℳ. An neuen Formationen sind vorgesehen eine Kavalleriebrigade, zwei Infanteriebataillone, ein Kavallerieregiment — unter Ablegung zweier vorhandener Eskadrons Jäger zu Pferde —, zwei Fußartilleriebataillone — und Anrechnung von sechs vorhandenen 9. und 10. Kompagnien — und zwei Bespannungsabteilungen. Eine Umgestaltung erfährt das Offiziersreitschulwesen durch Errichtung von vier Reitschulen und Umbildung des Militärreitinstituts Hannover in eine Offiziersreitanstalt. Zunächst sind für Reitschulen Paderborn und Colmar, dann Spremberg und Bitsch in Aussicht genommen. Im Sanitätswesen ist die Errichtung von vier Sanitätsinspektionen: Berlin, Posen, Kassel und Straßburg, als Instanz zwischen dem Generalstabsarzt und den Armeekorps-Generalärzten geplant. Zahlmeister und Oberzahlmeister werden im Gehalt aufgebessert, Zahlmeisteraspiranten in Unterzahlmeister verwandelt. Die Unteroffiziere werden um 2024 vermehrt und die Besoldungs- und ihre Lohnverhältnisse gebessert. — Der Fußartillerieschießplatz Thorn soll mit einem Kostenaufwande von einer Million erweitert werden. — Kasernenneubauten sind in Aussicht genommen für Trier, Wandsbek, Hannover, Solingen und Straßburg; neue Garnisonlazarette für Quedlinburg und Wiesbaden. Bei der Kavallerie soll eine neue Sanitätsausrüstung eingeführt werden.

Der Etat des sächsischen Kontingents weist an fortdauernden Ausgaben des Ordinariums ein Mehr von 1 476 207 ℳ auf, bei den einmaligen Ausgaben ein Minus von 300 136 ℳ. Die Barackenkasernen des 134. Infanterieregiments in Leipzig-Gohlis, das nach Plauen verlegt worden ist, sollen für 3 170 166 ℳ an die Stadt Leipzig veräußert werden, von denen der Fiskus städtischen Kasernenbesitz in Leipzig-Möckern für 1 978 905 ℳ übernimmt. Bei dem württembergischen Kontingent betragen die fortdauernden Ausgaben plus 656 418 ℳ, die einmaligen minus 299 656 ℳ, die Einnahmen plus 113 000 ℳ.

Das Auswärtige Amt beziffert die Einnahmen auf 1 147 750 ℳ (+ 44 280 ℳ), die fortdauernden Ausgaben auf 16 313 322 ℳ (+ 1 246 795 ℳ), die einmaligen Ausgaben auf 1 174 300 ℳ (+ 488 500 ℳ). Infolge der beabsichtigten Errichtung eines Reichskolonialamts sind die Besoldungen derjenigen etatsmäßigen Kanzlei- und Unterbeamten, welche bisher in der Kolonialabteilung beschäftigt waren, von den Besoldungsfonds des Auswärtigen Amts abgesetzt und auf die entsprechenden Fonds des Kolonialamts übertragen worden. Hierbei handelt es sich um 19 Kanzleisekretäre und 19 Unterbeamte, und zwar um 1 Kastellan, 2 Pförtner, 14 Kanzleidiener und 2 Drucker.

Bei den Gesandtschaften und Konsulaten sind folgende Aenderungen bemerkenswert: In Adis-Abeba und Christiania soll als ständige diplomatische Vertretung je eine Gesandtschaft, in Cettinje eine Ministerresidentur errichtet werden. Neue Berufskonsulate werden für Aleppo, Mexiko, Pakhoi-Kiungtschau (Hoihow) und Szechuan beantragt.

Der Etat des Reichsamts des Innern weist bei einer Einnahme von 10 939 389 ℳ im ordentlichen und von 158 000 ℳ im außerordentlichen Etat an Ausgaben auf, im ordentlichen Etat 75 562 247 Mark (+ 2 155 610 ℳ) an fortdauernden, und 2 940 060 ℳ (— 3 772 750 ℳ) an einmaligen Ausgaben. Im außerordentlichen Etat werden wieder 5 Millionen für Zwecke der Arbeiter- und Beamtenwohnungen gefordert.

Der Etat für das Reichskolonialamt veranschlagt die Einnahmen des ordentlichen Etats auf 235 745 ℳ (+ 87 290 ℳ), des außerordentlichen Etats auf 156 000 ℳ (+ 5000 ℳ), die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats auf 1 268 773 ℳ, die einmaligen Ausgaben auf 19 820 214 ℳ (+ 731 218 ℳ) und die Ausgaben im außerordentlichen Etat (Darlehen für den Bahnbau in Togo) auf 1 200 000 ℳ (— 2 400 000 ℳ). Zugleich werden die schon bekannten Gründe für die Schaffung eines Kolonialamtes angeführt, das vom Auswärtigen Amt getrennt ist und seine geplante neue Organisation wird angeführt.

Der Etat des Reichsschatzamtes weist an fortdauernden Ausgaben ein Mehr von 30 771 250 ℳ auf, an einmaligen Ausgaben ein Mehr von 1 224 000 ℳ. Für die Herausgabe eines Nachrichtenblattes für Zollstellen werden 10 000 ℳ gefordert, um den Zollstellen die Auslegung des neuen Zolltarifes zu erleichtern und den zahlreichen Zweifeln und Meinungsverschiedenheiten zu begegnen. Die sogenannten Veteranenbeihilfen weisen eine Steigerung um 2 600 000 ℳ auf. Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten betragen 9 249 000 ℳ mehr. Das neue Kapitel zur Kapitalsansammlung behufs Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung wird aus den Zollerträgen mit 17 Millionen ausgestattet. Unter den einmaligen Ausgaben werden 1 200 000 ℳ für die Erwerbung des Grundstücks Wilhelmstraße Nr. 60 und die erste Baurate des dort zu errichtenden Erweiterungsbaues für das Reichsschatzamt gefordert.

Deutsches Reich.

Leipzig, 26. November.

* **Neue Nachrichten aus Südwestafrika.** Die Nachricht von dem Tode Hendrik Witbois hat eine erneute Bestätigung gefunden. Er ist bereits am 29. Oktober eine Stunde nach seiner Verwundung gestorben. Der Anhang seines Nachfolgers Samuel Isaak sitzt am Fischfluß östlich von Berseba; weitere starke Banden Witbois sind nach dem Hubup gezogen. Südlich von Gibeon ist, wie nachträglich gemeldet wird, bei Deutsche-Erde am Fischfluß am 13. November ein Proviantwagen überfallen worden, wobei 4 Reiter fielen und 4 verwundet wurden. Dagegen gelang es am 18. November Leutnant Fischer, mit 25 Reitern und 2 Maschinengewehren östlich von Nauroroams, 20 Kilometer südlich von Gibeon, ein Hottentottenlager erfolgreich anzugreifen. Der Feind verlor 7 Mann; einige Gewehre wurden erbeutet. Deutscherseits ist ein Reiter schwer verwundet. Generalleutnant v. Trotha trat, wie beabsichtigt, am 19. November von Lüderitzbucht mit dem Dampfer „Prinz-Regent" die Heimreise an. Die Ankunft wird am 12. Dezember in Hamburg erwartet. — Oberst Dame hat die Geschäfte des Kommandeurs der Schutztruppe übernommen. Er befindet sich seit dem 21. November auf dem Marsche von Lüderitzbucht nach Keetmanshoop.

* **Deutschland und die polnischen Unruhen.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die Warschauer Presse fährt fort, die schwindelhaften Gerüchte über deutsche Gelüste zur Einmischung in Polen auszuspinnen. Neuerdings wird vom Kur. Polski und vom Kur. Poranny verbreitet, daß in Galizien die Mobilmachung angeordnet sei und zwar als Gegenmaßregel gegen die deutscherseits beabsichtigte Einmischung in die russisch-polnischen Angelegenheiten. Deutschland habe seine Absicht nach Wien mitgeteilt, habe aber dort keine Billigung gefunden. Auch bei dieser neuen Version handelt es sich lediglich um Erfindungen. Da Deutschland niemals die Absicht einer Einmischung hatte, konnte es von dem Bestehen einer solchen Absicht auch nicht in Wien Mitteilung machen, und da eine solche Mitteilung nicht gemacht worden ist, kann sie auch nicht Anlaß zu einer Mobilmachung in Galizien gegeben haben. Die polnischen Blätter stützen also eine Lüge immer durch eine andere.

P. **Eine sächsische Landtagsersatzwahl** ist im 39. ländlichen Wahlkreis (Lengefeld, Meerane, Reichenbach), der bisher durch den konservativen Gutsbesitzer Leithold-Tettau vertreten war, infolge Ablebens des bisherigen Abgeordneten notwendig. Die erforderlichen Wahlmännerersatzwahlen sind auf die Tage vom 28.—30. Dezember, die Wahl des Abgeordneten auf den 12. Januar anberaumt worden. Wahlkommissar ist Regierungsrat Dr. Seyffarth in Zwickau.

P. Die **Wahlrechtsinterpellationen**, die Montag in der Zweiten sächsischen Kammer zur Verhandlung kommen, dürften eine lebhafte Debatte entfesseln. Die Begründung der Interpellationen wird durch die Abgg. Schieck, Wär und Günther, die Beantwortung vom Minister Metzsch im Namen der Regierung erfolgen. Darauf wird von Seiten der Nationalliberalen Dr. Vogel sprechen, während von Seiten der Konservativen Opitz das Wort ergreifen dürfte.

P. **Gesetz zur Bekämpfung der Reblaus.** Nachdem an Stelle des Reichsgesetzes über Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit vom 3. Juli 1883 ein neues Gesetz unterm 6. Juli 1904 erlassen worden ist, hat sich auch für das Königreich Sachsen der Erlaß eines neuen Ausführungsgesetzes zu diesem Reichsgesetz notwendig gemacht. Der Entwurf dazu ist im Ministerium des Innern ausgearbeitet worden und den Ständen mit königlichem Dekret Nr. 7 unterm 24. Oktober zugegangen. Die Erste Kammer verwies den Entwurf an ihre erste Deputation (Vorsitzender Geh. Rat Dr. Georgi-Leipzig), die nunmehr ihren Bericht durch das Kammermitglied Sahrer von Sahr erstattet hat und empfiehlt, den Entwurf mit einigen unwesentlichen, meist redaktionellen Aenderungen anzunehmen.

* **Ein interessanter Prozeß der Zivilliste des Königs von Bayern** gegen den bayerischen Fiskus ist, wie unser Münchner Korrespondent meldet, vom Landgerichte in München entschieden worden. Es handelt sich dabei um einen auch wegen der Feuersicherheit dringend notwendigen Erweiterungsbau des Hoftheatermagazins, das sich, nebenbei bemerkt, nicht in der Nähe des Hoftheaters befindet. Die Kammer der Abgeordneten hatte in der vorigen Session ein dazu bestimmtes Postulat in der Höhe von 171 000 Mark abgelehnt, weil nach der ganz unrichtigen Meinung der Mehrheit nicht dem Staate, sondern der Zivilliste die Baulast zufalle. Es blieb, da sich die Zivilliste entschieden weigerte, nur die Beschreitung des Prozeßweges übrig. Nach umfangreicher Verhandlung hat nun das Landgericht der Klage der Zivilliste stattgegeben und den bayerischen Fiskus unter Ueberbürdung der Kosten für schuldig erklärt, den Erweiterungsbau auszuführen und das abgelehnte Postulat dem Landtage wieder unverändert vorzulegen.

* **Die Korporationsrechte der gewerblichen Berufsvereine.** Wie wir schon meldeten hat der Bundesrat einen Gesetzentwurf angenommen, der die Bedingungen regelt, unter denen die Vereine Korporationsrechte erhalten können. Ein Privattelegramm aus Berlin meldet uns, daß der Entwurf mit der Entziehung der Korporationsrechte droht, wenn die Vereine sich an Ausständen beteiligen, durch die die öffentliche Wohlfahrt, sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen, Wasser und Licht gefährdet ist.

* **Zur Lage im Textilarbeiterkampf** meldet uns ein Privattelegramm aus Gera vom 25. November: Hier fanden heute morgen drei große Versammlungen von ausgesperrten und streikenden Textilarbeitern und Arbeiterinnen statt. Die Arbeitervertrauensausschüsse berichteten über die neueingeleiteten Vergleichsverhandlungen. Aus den Berichten ging hervor, daß die Fabrikanten entschieden alle weiteren Verhandlungen ablehnen. Sie sollen sich sogar dahin ausgesprochen haben, daß sie bereit seien, die „Saison zu sistieren!" Die Vertrauensausschüsse wurden zu weiteren Verhandlungen mit den Fabrikanten beauftragt. Eine definitive Beschlußfassung soll in nächster Woche erfolgen. Die Arbeiter sind noch sehr kampfesmutig. Unter den Geraer Arbeitern herrscht übrigens die Besorgnis, daß, wenn sie jetzt die Arbeit aufnähmen, ohne etwas erreicht zu haben,

SLUB
Wir führen Wissen.